



Politik

Präsident Lai wirbt für den Einsatz von Künstlicher Intelligenz

Präsident Lai Ching-te erklärte am 21. Juli anlässlich der Feier zum 50-jährigen Bestehen des *Taiwan Institute of Economic Research (TIER)*, Taiwan müsse den Übergang von seinen Stärken in der Hardwareproduktion hin zur Anwendung von Künstlicher Intelligenz (KI) schaffen. Die Regierung treibe daher den „Zehn-Punkte-Plan zur Förderung von KI“ voran und habe zusätzlich etwa 3 Mrd. Euro bereitgestellt, um kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bei ihrer digitalen Transformation zu unterstützen, betonte er.

Der Plan umfasst unter anderem den Ausbau der Rechenkapazitäten, die Entwicklung einer souveränen KI und von Datenanwendungen sowie die Ausbildung von Fachkräften. Der Schwerpunkt liegt dabei auf drei Schlüsseltechnologien: Silizium-Photonik, Quanten-Computing und Robotik.

Lai äußerte die Hoffnung, dass das Parlament den entsprechenden Haushaltsentwurf möglichst bald verabschieden werde. Taiwans Wirtschaft habe sich in den letzten zwei Jahren aufgrund der weltweit stark gestiegenen Nachfrage nach KI-Infrastruktur sowie der hohen Leistungsfähigkeit der taiwanischen Hardwareindustrie sehr positiv entwickelt. Künftig müsse Taiwan auch bei der praktischen Anwendung von KI führend sein, so Lai.

Die Zukunftstechnologie Robotik umfasse im weiteren Sinne auch Drohnen sowie unbemannte Über- und Unterwasserfahrzeuge. Deshalb habe die Regierung einen Sonderhaushalt für die Landesverteidigung vorgeschlagen, der sowohl die Verteidigungsfähigkeit stärken als auch die industrielle Entwicklung fördern solle. Er bedauere, dass dieser Vorschlag bislang keine Unterstützung durch die Oppositionsparteien im Parlament gefunden habe.

Der Präsident erklärte, die Regierung habe zudem drei wirtschafts- und gesellschaftspolitische Ziele: (1) Mindestens eine Million kleine, mittlere und Kleinstunternehmen bei der digitalen Transformation und der Einführung von KI zu unterstützen. Dafür sei der Sonderfonds in Höhe von knapp 3 Mrd. Euro vorgesehen.

(2) Ein Innovations- und Gründungsökosystems aufzubauen, das die Chancen von KI und neuen Technologien nutzt.

(3) KI in allen Bereichen des täglichen Lebens in Taiwan einzusetzen – von Ernährung, Kleidung, Wohnen und Mobilität bis hin zu Bildung und Freizeit sowie in sämtlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsbereichen. Dadurch solle das Land zu einer KI-gestützten Lebens- und Arbeitsumgebung werden, die sowohl das Wirtschaftswachstum als auch den gesellschaftlichen Fortschritt fördert und den Alltag der Menschen spürbar erleichtert, unterstrich der Präsident.

Außenminister Lin: Taiping-Insel gehört zum Staatsgebiet der Republik China (Taiwan)

Bei einer Anhörung im Parlament am 22. Juli zur Taiwan-Politik im Südchinesischen Meer, die anlässlich des zehnten Jahrestages des Schiedsspruchs von 2016 stattfand, bekräftigte Außenminister Lin Chia-lung Taiwans Souveränitätsansprüche in dem umstrittenen Seegebiet. Vor dem Hintergrund der jüngsten Spannungen zwischen China und den Philippinen in der Region, räumte er ein, dass die Regierung in Taipeh diese Ansprüche derzeit bewusst nur zurückhaltend geltend mache.

In einer Zeit, in der Taiwan angesichts der zunehmenden chinesischen Aktivitäten im Süd- und Ostchinesischen Meer möglichst viele internationale Partner benötige, müsse die Regierung diplomatisch umsichtig handeln. Er bezog sich damit auf das Urteil des Ständigen Schiedshofs in Den Haag vom 12. Juli 2016, das entschieden hatte, dass Chinas sogenannte „Neun-Striche-Linie“ keine Grundlage im *Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (UNCLOS)* besitzt. Zudem stellte UNCLOS fest, dass China mit seinen Aktivitäten innerhalb der ausschließlichen Wirtschaftszone der Philippinen deren Hoheitsrechte verletzt habe.

China wies das Urteil zurück und erklärte, es weder anzuerkennen noch umzusetzen.

Das Schiedsgericht kam auch zu dem Schluss, dass die von Taiwan verwaltete Taiping-Insel nach UNCLOS rechtlich lediglich als „Felsen“ und nicht als „Insel“ einzustufen sei. Damit stünde ihr keine 200-Seemeilen-Ausschließliche Wirtschaftszone zu. Diese Entscheidung lehnt allerdings auch Taiwan ab, da es vom Schiedsverfahren unmittelbar betroffen gewesen sei, jedoch weder konsultiert noch in das Verfahren einbezogen wurde, so Lin.

Abschließend erklärte er, für Taiwan gelte der Grundsatz, sämtliche Territorialstreitigkeiten und konkurrierenden Gebietsansprüche im Südchinesischen Meer ausschließlich mit friedlichen Mitteln und nicht mit Gewalt zu lösen.

Wirtschaft

Außenministerium fördert Kooperation bei Drohnenentwicklung mit Ukraine

Der Leiter der Arbeitsgruppe Drohnen-diplomatie im Außenministerium Chiang Zhen-wei traf am 17. Juli in Tokyo mit einer Delegation taiwanischer Hersteller und Forscher die Vorsitzende der ukrainischen Handelskammer in Japan Kateryna Yavors.

Die Gruppe bestand aus Repräsentanten der Unternehmen Carbon-Based Technology Inc., Accton Technology Corp., 7A Drones Co. Ltd. und FairTech Corp. sowie vom Industrial Technology Research Institute (ITRI).

Die Ukraine weise Kriegserfahrung auf, und Taiwan sei bekannt für seine modernen Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT), hieß es aus Taipeh. Das Land sei infolge des Krieges gegen Russland zu einem Drohnen-Laboratorium in der realen Welt geworden, was zu einer rasanten technologischen Entwicklung geführt habe, erklärte Yavorska. Abgesehen von defensiven Drohnen entwickle die Ukraine auch Doppelzweck-Drohnen und Drohnen für Fernangriffe, und in der entsprechenden Ausbildung werde KI genutzt, fügte sie hinzu. Sie pries Taiwan für dessen vielfältige Lieferkette und bekundete ihre Hoffnung, dass das Land ukrainischen Firmen dabei helfen könnte, sich aus ihrer Abhängigkeit von chinesischen Lieferketten zu befreien.

Wie Taiwans Außenministerium verlautete, war die Arbeitsgruppe Drohnen-diplomatie von Außenminister Lin angeregt und im Oktober 2025 eingerichtet worden. Die *Global Unmanned Aerial Vehicle Academy (GUAVA)* soll in Kürze offiziell eingeweiht werden, um entsprechende Kooperationen mit Verbündeten und gleichgesinnten Partnern zu fördern.

Bildung

Taiwan-Stipendiatinnen und –Stipendiaten treffen sich in Berlin



Am 18. Juli fand in Berlin auf Einladung der Bildungs- und Presseabteilung der Taipeh Vertretung das jährliche Treffen für Taiwan-Stipendiatinnen und –Stipendiaten statt – mit etwa 50 Gästen, darunter aktuelle und ehemalige Empfänger des Taiwan Scholarships, des Huayu Enrichment Scholarships, des Taiwan Fellowships, des Fremdsprachenassistentenprogramms sowie Stipendiaten des Taiwan Experience Education Programms.

Die Veranstaltung wurde von Botschafter Dr. Klement Gu mit einem Vortrag und anschließendem Q&A über die Fortschritte in den taiwanisch-deutschen Beziehungen und die Bedeutung von Taiwans globaler strategischer Position eröffnet.

Im Anschluss hielt Prof. Henning Klöter von der Humboldt-Universität zu Berlin einen Fachvortrag über die Entwicklung der Mehrsprachigkeit in Taiwan. Beide Reden stießen beim Publikum auf große Resonanz. Außerdem stellte die Wirtschaftsabteilung vor Ort Rekrutierungsinformationen des Wirtschaftsministeriums (Contact Taiwan) bereit.